



Aufruf zum Weltklimatag am 12.11.2016

Um die Rettung der Umwelt und des Weltklimas müssen wir uns selber kümmern!

www.umweltgewerkschaft.org

Der als Jahrhundertvertrag gefeierte Klimavertrag von Paris ist eine einzige Farce, er wird der beschleunigten Verschärfung der Umweltkrise in keiner Weise gerecht. Er ist im Wesentlichen ein Betrug mit dem Ziel, die Umweltbewegung über Jahrzehnte hinzuhalten. Selbst die freiwilligen Verpflichtungsziele gelten erst ab 2020! Dabei wird im Abschnitt II.17 des Vertrags schon zugegeben, dass trotz der Zusagen der Staaten die Treibhausgasemissionen von gegenwärtig 36 auf 55 Gigatonnen bis zum Jahr 2030 steigen werden. Damit nicht genug; zur Lösung der Klimafrage wird auch auf die weitere unverantwortliche Nutzung der Atomenergie gesetzt.

Schon im ersten Halbjahr 2016 wurde eine Temperaturerhöhung von 1,3 Grad seit der vorindustriellen Periode erreicht – das ist schon fast der Wert, auf den das Pariser Abkommen die Erwärmung angeblich begrenzen will.

Statt die Verbrennung fossiler Energieträger zu verbieten, bremst die Bundesregierung mit der EEG-Reform die erneuerbaren Energien im Interesse der Energiekonzerne aus. Statt Frackingverbot – nun ein Frackingerlaubnisgesetz. Statt konsequenter Umstellung auf unentgeltliche, öffentliche Verkehrssysteme mit Antrieben aus erneuerbarer Energie die kriminelle Kumpanei mit den Autokonzernen zum Erhalt umwelt- und gesundheitsschädlicher, überlebter Verkehrssysteme.

Die VW-Krise und die weltweite Abgasmanipulation der internationalen Autokonzerne machen deutlich, dass nationale freiwillige Zusagen des Pariser Abkommens untauglich sind. Wir brauchen international verbindliche Abkommen zum Ausbau der Umweltstandards. Dazu müssen wir uns länderübergreifend zusammenschließen!

Die Klimakrise verschärft sich dramatisch – höchste Zeit gemeinsam zu handeln!

Durch die steigende Verbrennung fossiler Rohstoffe und eine Landwirtschaft mit Massentierhaltung und massivem Einsatz von Kunstdüngern steigt die Konzentration klimawirksamer Gase weiter an. Hauptfolge ist eine unnatürlich schnelle Klimaerwärmung. Der Juli 2016 war laut NASA der wärmste, je erfasste Monat überhaupt und der zehnte Monat in Folge mit globaler Rekordtemperatur. Von den gegenwärtig noch 6,2 Millionen Quadratkilometern Regenwald wird bei dem heutigen Tempo seiner Vernichtung in 30 Jahren schon nichts mehr übrig sein.

Das über Millionen Jahre entstandene dynamisch-stabile Klimasystem droht zu kippen. Das Abschmelzen des arktischen Eises, die Häufung von extremen Wetterereignissen mit Dürren und Überflutungen, die Erwärmung der Weltmeere und eine weltweite Nahrungsmittelkrise sind warnende Vorboten. Allein in Afrika hungern 50 Millionen Menschen und von 2008 bis 2014 wurden weltweit durchschnittlich pro Jahr 26,4 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen vertrieben.

Noch ist es nicht zu spät, eine globale Klimakatastrophe zu verhindern

Dazu müssen wir uns frei machen von Hoffnungen in UN-Klimagipfel und in die Hauptverursacher der Umweltkrise in Konzernzentralen, Banken und Regierungen. Ihr Maßstab sind nicht die Menschheitsinteressen, sondern allein maximaler Profit, um im weltweiten Konkurrenzkampf zu bestehen. Das prägt die ganze Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und gesellschaftlich zu leben, verbunden mit einem rücksichtslosen Raubbau an Mensch und Natur und einer allseitigen Umweltzerstörung im globalen Ausmaß.

Wir müssen deshalb unsere eigene Rechnung aufmachen und unsere Interessen gemeinsam

auf Kosten der Konzerne und Banken durchsetzen:

- Drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz! Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien; der Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen muss radikal reduziert werden. Stopp dem Braunkohletagebau! Verbot von Fracking weltweit! Schnellstmöglicher Umstieg auf Verkehrssysteme mit Nutzung regenerativer Antriebsstoffe und auf einen unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr!
- Für Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfproduktion – Förderung der Müllvermeidung! Verbot der Müllverbrennung und der Giftmülldeponierung unter Tage!
- Stopp der zerstörerischen Rodung der Wälder und Regenwälder!
- Sofortige Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!
- Klima- und umweltschonende ökologische Anbaumethoden, gesunde Nahrung, wirksame Bekämpfung von Hunger und Armut! Schutz der Natur und Artenvielfalt, artgerechte Tierhaltung und aktiver Tierschutz! Verbot der Massentierhaltung und der Genmanipulation zur Herstellung von Nahrungsmitteln!
- Keine Kriminalisierung von Umweltkämpfer*innen und Whistleblowern! Für ein allseitiges gesetzliches Streikrecht, Recht auf Widerstand und zivilen Ungehorsam!
- Umweltgerechte und gesundheitsschonende Produktions-, Lebens- und Arbeitsbedingungen! Wir brauchen Arbeitsplätze, soziale Rechte, Gesundheits- und Umweltschutz! Wir erteilen der Spaltung „Umweltschutz contra Arbeitsplätze“ eine entschiedene Absage, um die notwendige Durchsetzungskraft zu erreichen. Schaffung von Ersatzarbeitsplätze, insbesondere im Umweltschutz, auf Kosten der Profite!



Breitester Zusammenschluss ist notwendig - lokal, national und international!

Alle sind betroffen. Es geht um unsere existenziellen Lebens- und Zukunftsinteressen, um eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt. Umwelterstörung kennt keine Grenzen – am Weltklimatag gemeinsam auf die Straße gehen, weltweit und in Marrakesch, ist ein wichtiger Schritt zu einem weltweit koordinierten Umweltkampf.

Wir rufen auf, zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten am Weltklimatag örtliche und regionale Bündnisse zu schließen bzw. bestehende zu verbreitern und die Zusammenarbeit zu festigen.

Gemeinsam und organisiert sind wir stark, wenn wir uns solidarisch, gleichberechtigt auf demokratischer, kämpferischer und weltanschaulich offener antifaschistischer Grundlage zusammenschließen und finanziell unabhängig sind.

Interessenten*innen an gemeinsamen Aktivitäten in Marrakesch zum COP 22 vom 7.11. bis 18.11.2016 sollen sich beim Bundesvorstand melden (vorstand@ug-buvo.de).